



Niederschrift

52. Plenarsitzung Gemeinderat
17. Juli 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

36.

Punkt 37 der Tagesordnung: Mehr Mobilität ermöglichen für Menschen mit kognitiven Einschränkungen

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0411

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

In den Sozialausschuss verwiesen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 37 zur Behandlung auf.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die GRÜNE-Fraktion ist schon etwas überrascht über die doch sehr zurückhaltende und teilweise am Antrag der GRÜNE vorbeigehenden Antwort der Stadtverwaltung beziehungsweise der Verkehrsbetriebe Karlsruhe und dem Karlsruher Verkehrsverbund. Betrachten wir zum Beispiel das Problem des Analphabetismus, der Anteil der Bevölkerung, der nicht richtig lesen kann, beträgt circa 14,5 im Bundesdurchschnitt. Dies bedeutet für die Stadt Karlsruhe, dass circa 45.000 Bürger nicht richtig lesen können. Es stellen sich daher die zentralen Fragen: Wie meistert man den ÖPNV, wenn man den Fahrplan nicht lesen kann, oder ihn nicht erkennt? In welchen Bus muss eingestiegen werden? Warum gibt es an Bushaltestellen Piktogramme von S-Bahnen und Straßenbahnen, wenn diese Transportmittel dort nicht verkehren? Eine Gesellschaft muss auf diese Fragen Antworten finden. Das geht am besten mit den Betroffenen selbst oder mit Institutionen, die mit diesem Personenkreis zusammenarbeiten. Hier denken wir zum Beispiel an die Lebenshilfe, die auch den Kriterienkatalog des Bundeskompetenzzentrums barrierefrei erstellt hat. In Anbetracht der Zeit macht die GRÜNE-Fraktion jetzt einen konkreten Vorschlag: Wir würden den Antrag gerne in den Sozialausschuss verweisen. Dort wird die Stadtverwaltung zusammen mit den Mitgliedern des Sozialausschusses und der noch einzuladenden Lebenshilfe den Nahverkehrsunternehmen der Stadt Karlsruhe einen konkreten Vorschlag unterbreiten, wie mit diesem Anliegen Weiterverfahren werden sollte.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Wenn der Antrag in den Sozialausschuss verwiesen werden soll, brauchen wir jetzt nicht mehr weiter darüber zu reden.

Der Vorsitzende: Der Antrag ist verwiesen in den Sozialausschuss, da können Sie sich alle einbringen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
21. August 2018